

Handelsblatt

Stv. Chefredakteure: Joachim Dorfs, Michael Backfisch, Hermann-Josef Knipper, Roland Tichy
Verantw. Redakteur Meinung & Analyse: Thomas Hanke
Leserbriefe: Redaktion Handelsblatt, Postfach 102741, 40018 Düsseldorf
E-Mail: hb.leserbriefe@vhb.de

LOTTO

Falsch gewettet

Von einem guten Manager erwartet man vorausschauendes Denken, die Antizipation sich abzeichnender Entwicklungen und eine dementsprechende Ausrichtung seines Unternehmens. Politiker waren aber noch nie gute Manager. Und deshalb sind staatlich geführte Unternehmen zumeist auch nicht gut geführt.

Womit wir bei den Lottogesellschaften wären. Kein anderer Titel wäre passender für sie als der selbst gegebene: Lottoblock. Ein Quader aus Granit, hinter dem es sich die Funktionäre seit Jahrzehnten bequem gemacht haben: Der Wettbewerber wird nicht eingelassen, Landesfürsten werden mit Abgaben an die Haushalte und Aufsichtsratsposten milde gestimmt – eine schöne, warme Welt.

Schon seit Jahren ist abzusehen, dass die wachsende Bedeutung des EU-Rechts und das strikte Vorgehen des Bundeskartellamts dem ein Ende bereiten würden. Doch ein sattes Leben macht halt träge. Und so

verpassten die Lottogesellschaften es, sich neu auszurichten mit dem Ziel, aus Wettbewerb Gewinn zu schlagen.

Das Versäumnis wird sich bitter rächen. Die Untersagung der Gebiets- und Vertriebsmonopole in Sachen Lotto ist nur ein weiterer Rammbock gegen den Block. Erst ging es um Sportwetten, nun um Lotto und bald auch um das Casino-monopol: Das verfilzte Geflecht aus Landespolitik und Lotterieverwaltungen hat den Untergang vor Augen. Die Löcher, die dies in die Landeskonten reißen wird, hätten verhindert werden können – mit vorausschauendem Denken und dem Zulassen von Wettbewerb. Diesem hätte man ohne Probleme auch Regeln zur Bekämpfung von Spielsucht auferlegen können.

Viel zu lange aber hat auch die Bundespolitik die Landesfürsten diletieren lassen. Es wird Zeit, dass Berlin handelt – und den Block zerschlägt.

knuewer@handelsblatt.com

PHARMAINDUSTRIE

Viel Lärm um wenig

Zugegeben, das Erregungspotenzial der Gesundheitsreform ist zwar hoch, die Ablehnungsfreudigkeit in diese reißt sich nun auch die pharmazeutische Industrie ein. Sie beklagt sich darüber, dass sie künftig ihre bislang geheim gehaltenen Preiskalkulation offen legen müsse, um die im Reformgesetz vorgesehene Kosten-Nutzen-Bewertung neuer Medikamente zu ermöglichen. Gerechtigt ist solche Kritik allerdings nicht.

Die Bundesregierung plant, auf der Basis einer Kosten-Nutzen-Analyse Höchstpreise festzulegen, die die Kassen maximal für ein neues Medikament bezahlen sollen. Um diese Bewertung sauber durchführen zu können, wünscht sie sich von der Industrie die erforderlichen Daten. Doch der Gesetzentwurf sieht ausdrücklich vor, dass sich die Unternehmen und das für die Bewertung zuständige Institut auch ohne Hinzuziehung von Geschäftsinterna über den Höchstpreis verständigen können. Laut Begründung des Gesetzentwurfs ist

dies sogar das favorisierte Modell. Selbst wenn es einen Zwang zur Offenlegung gegenüber der Behörde gäbe, wäre dies nicht der Untergang des Abendlandes. In Großbritannien und Frankreich legt die Industrie zum Teil seit Jahrzehnten ihre Zahlen auf den Tisch, wenn sie über die Preise ihrer Produkte für die Sozialversicherten verhandelt.

Auch vor den neuen Erstattungspreisen muss sich die Industrie kaum fürchten. Denn diese könnten sich als Papiertiger erweisen. Der Versicherte muss die Differenz zwischen dem Marktpreis der Innovation und dem staatlichen Höchstpreis zwar aus eigener Tasche zahlen. Doch fällt diese Zahlungspflicht unter die Überfordergrenze von zwei bzw. einem Prozent des Einkommens bei chronisch Kranken. Und diese Marken überschreiten die meisten Patienten schon mit Praxisgebühr und Zahlungen. Also werden die meisten Innovationen auch künftig von der Kasse voll erstattet.

thelen@handelsblatt.com

DIGITALER POLIZEIFUNK

Geschäft Sicherheit

Wenn es um die Geschäftsfelder der Zukunft geht, dann werden Konzernchefs gerne blumig. Die umweltfreundliche Energieerzeugung gehört dazu wie sauberes Wasser, schrankenlose Mobilität und medizinische Versorgung. Sicherheit taucht dabei selten auf. Das klingt nach Kampfflugzeugen, Krieg und Überwachung. Dabei ist der Sicherheitsbegriff längst ein erweiterter – und ein Riesengeschäft für die Industrie. Private Wachdienste sind bereits einer der größten Jobmotoren der Republik.

Soeben hat Deutschland als eines der letzten europäischen Länder den Auftrag zum Aufbau eines digitalen Behördenfunks an ein Konsortium von EADS und Siemens vergeben. Polizei, Feuerwehr und Bundespolizei sollen ab 2010 digital und abhörsicher miteinander funken. Das ist längst Standard in Europa und wohl erst der Anfang für weit größere Systeme. Die Angst geht um. Längst wird der massive Ausbau der Videoüber-

wachung in Deutschland gefordert. Iris-Check und digitale Fingerabdrücke werden in Zukunft wohl von allen Fluggästen verlangt, hinzu kommen noch aufwendigere Prozeduren, das Reisegepäck auf Gefahrenstoffe hin zu überprüfen. Am konsequentesten ist die Entwicklung in Rumänien: Der neue Nato-Partner lässt sich das gesamte Grenzsicherungssystem einschließlich Flughafen- und Hafenüberwachung komplett von der EADS installieren.

Innere Sicherheit wird ein industrieller Megatrend, denn nichts verbreitet sich in einer Mediengesellschaft besser als Angst und Panik. Wenn jedes Fußballspiel, jeder Bahnhof und jedes Computernetzwerk ein potenzielles Anschlagziel ist, dann fließen die Milliarden aus der öffentlichen Hand sehr schnell. In Deutschland werden sich schon sehr bald deutlich mehr Unternehmen um dieses Wachstumsgeschäft kümmern.

fasse@handelsblatt.com

ZITAT DES TAGES

„Der Hartz-IV-Empfänger als Alleskönner: vom Spargelstecher zum Terroristenjäger.“



KLAUS JANSEN, Chef des Bundes der Kriminalbeamten, zum Vorschlag von Verkehrsminister Tiefensee, Arbeitslose als Sicherheitspersonal einzusetzen.



ARBEITSMARKTREFORMEN

Verkannte Dividende

DIETRICH CREUTZBURG

Die neuerdings wieder sprudelnden Einnahmen der öffentlichen Kassen stellen die ökonomische Vernunft der großen Koalition auf die Probe. Das gilt ganz generell für die Frage, ob sich Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) trotz steigenden Steueraufkommens der vielen neuen Ausgabenwünsche für den Bundeshaushalt erwehren kann. Es gilt aber erst recht für die Frage, was mit den unverhofft hohen Überschüssen der Bundesagentur für Arbeit (BA) geschehen soll. Und es betrifft in besonderer Weise die SPD.

Ohne übertriebene Zuspitzung kann man sagen: Der Nürnberger Milliardensegen ist ein Lackmusträger für die Reformfähigkeit der SPD. Bisher sieht es aber nicht so aus, als ob sie entschlossen sei, den Test zu bestehen: Mit jedem Tag, an dem Sozialdemokraten über die Umleitung von Beitragsgeldern in die Bundeskasse sinnieren, bedienen sie nicht nur alte Klischees über ihr Verhältnis zu öffentlichem Geld. Sie distanzieren sich damit auch schrittweise von zentralen Elementen der Hartz-Reformen am Arbeitsmarkt – und das ausgerechnet zu einer Zeit, in der die ersten Früchte des noch mit Rot-Grün erkämpften Kurswechsels reifen.

Ein Kernelement der Hartz-Reformen war es, die beitragsfinanzierte Arbeitslosenversicherung tagespolitisch motivierten Zugriffen der Regierung zu entziehen. Denn ein unklarer Aufgabenzuschnitt und eine unselige Vermischung der Einflüsse von Regierung und Sozialpartnern waren der Nährbo-

den des großen Vermittlungsskandals bei der alten Bundesanstalt für Arbeit im Jahr 2002.

Aus dieser Erkenntnis folgte eine im Grundsatz völlig richtige Aufgabentrennung: Die BA als Betreiber der Arbeitslosenversicherung ist Dienstleister der beitragszahlenden Arbeitnehmer. Sie federt die Risiken eines vorübergehenden Arbeitsplatzverlusts ab. Das rechtfertigt die zeitlich befristete Versicherungsleistung Arbeitslosengeld I und, eventuell, einen Vermittlungsservice. Keinesfalls aber ist die BA dazu da, die Lasten struktureller Langzeitarbeitslosigkeit zu schultern, die großenteils durch Fehler der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik verursacht ist. Diese Lasten hat man daher ins neue Hartz-IV-System verlagert und zugleich der BA aufgegeben, sich nach den Anforderungen an eine echte Arbeitslosenversicherung zu reorganisieren.

Dass diese nun tatsächlich Überschüsse erzielt, zeigt das Ausmaß der Effizienzreserven, die in der alten Arbeitsverwaltung steckten. Es zeigt aber zugleich etwas, was von grundlegender Bedeutung für alle noch ausstehenden Entscheidungen über die Zukunft unseres Sozialsystems ist: Richtig angesetzte Strukturreformen können durchaus in überschaubarer Zeit zu messbaren Erfolgen führen.

Natürlich gibt es keinen Grund, den BA-Überschuss von voraussichtlich neun Milliarden Euro einfach in die Zukunft fortzuschreiben. Dahinter stehen Sondereffekte wie ein vorgezogener Zahltermin, der in diesem Jahr eine Monateinnahme mehr in die

Kasse spült. Und dahinter stehen Mehreinnahmen durch den Konjunkturnausrufschwang. Es bleibt aber unterm Strich eine echte Reformdividende.

Die SPD hätte allen Anlass, diesen Erfolg offensiv als Bestätigung ihrer eigenen Arbeitsmarktpolitik zu vertreten – und sich für eine Ausschüttung dieser Dividende an die Beitragszahler einzusetzen. Ironischerweise überlässt sie aber nicht nur die Forderung nach weiteren Beitragssenkungen der Union. Es war auch CDU-Kanzlerin Angela Merkel, die kürzlich ein Lob auf die Arbeitsmarktpolitik ihres Amtsvorgängers Gerhard Schröder formulierte.

Derweil stellt die SPD mit ihren begherrlichen Blicken auf die Nürnberger Überschüsse ihre eigene Arbeit wieder in Frage. Sie könnte sich mit dem Reformserfolg bei der Bundesagentur als kompetente Kraft für die unbestreitbar nötige Überarbeitung der Hartz-IV-Reform empfehlen. Doch allein schon der Gedanke, man könne mit Beitragsgeld die Mängel eines steuereffizienten Systems lösen, geht an die Substanz reformerischer Glaubwürdigkeit.

Wer Überschüsse aus einer besseren Organisation der Arbeitsverwaltung zur beliebigen politischen Verfügungsmasse erklärt, gibt der BA und den sie tragenden Sozialpartnern ein fatales Signal: Für sie wäre es dann folgerichtig, ihr Bemühen um weitere Effizienzfortschritte einzustellen, in den alten Trott zurückzufallen und wieder auf die Defizithaftung des Bundeshaushalts zu vertrauen.

creutzburg@handelsblatt.com

DER ÖKONOMISCHE GASTBEITRAG

Ein Forum der Beliebigkeit

Das neue europäische Bündnis für „Corporate Social Responsibility“ führt in die Sackgasse

Welchen Ordnungsrahmen braucht unsere veränderte Welt? Diese Frage stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel Anfang des Jahres den versammelten Größen aus Wirtschaft und Politik beim Weltwirtschaftsforum in Davos. Zwei Antworten hatte die Kanzlerin damals sogleich parat: Zum einen müsse nach dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft „der soziale und ökologische Ausgleich (...) auch im Ordnungsrahmen einer zukünftigen Welt stattfinden“. Zum anderen, so Angela Merkel, müsse es künftig auch eine „neue Verzahnung von privatem und politischem Handeln geben“.

Doch wie soll das geschehen? Eine Zauberformel, die auch die Bundesregierung jüngst immer häufiger für sich entdeckt hat, ist die der „Corporate Social Responsibility“, der sozialen Verantwortung von Unternehmen – kurz, „CSR“ genannt. Die kommende deutsche EU- und G8-Doppelpräsidentschaft bietet dabei die Gelegenheit, dem oft schwammigen Konzept CSR in Deutschland und in Europa klarere Konturen zu verleihen. Dies setzt voraus, im Vorfeld auf EU-Ebene einige Fehlentwicklungen der letzten Monate zu korrigieren. Nachdem die Europäische Union in den letz-

ten Jahren viel Entwicklungshilfe in Sachen CSR geleistet hat, kommt nun jedoch Gegenwind aus Brüssel. Die Kommission, und allen voran der für das Thema zuständige EU-Kommissar Günter Verheugen, hat CSR auf die Hinterbank verbannt und Budgets für CSR-Initiativen zusammengestrichen.

Im März verkündete die Kommission dann mit Unterstützung der Arbeitgeberverbände die Gründung eines „Europäischen Bündnisses für CSR“. Verhüllt im Gewande der längst gescheiterten Lissabon-Agenda wird hier das Thema CSR undefiniert zu einem Instrument, das primär dazu taugen soll, die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu erhöhen.

Wie die Kommission in ihrer Erklärung betont, ist die „Erklärung über die Unterstützung des Bündnisses nicht an formale Anforderungen gebunden, und die Kommission wird keine Liste der Unternehmen führen, die es unterstützen“. Mit anderen Worten: Eine offizielle Mitgliedschaft oder gar gemeinsame Prinzipien und Werte wird es in diesem geplanten Schattenbündnis der Beliebigkeit nicht geben.

Die Bundesregierung hat dieser Tage in einer Stellungnahme das europäische Bündnis zu „Corporate Social Responsibility“ als einen wichti-

gen Impuls für die europäische Debatte gewürdigt. Zudem kündigt sie an, unter Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ein „nationales Multi-Stakeholder-Forum“ zu diesem Thema einzuberufen.

Diese Verlautbarung greift jedoch viel zu kurz. Vielmehr gilt es,



THORSTEN BENNER (Foto) und Jan Martin Witte sind stv. Direktoren des Global Public Policy Institute, Berlin.

die fehlgeleiteten Vorschläge der EU-Kommission zu korrigieren. Denn: Ein Forum der Beliebigkeit ist weder Politik noch Wirtschaft zuträglich, weil es nicht die zentralen Herausforderungen einer gelungenen Verbindung von Freiwilligkeit und Glaubwürdigkeit angeht.

Ohne Zweifel: Das Prinzip der Freiwilligkeit ist ein Kernbestandteil von CSR. Staaten, Europäische Union und internationale Organisationen dürfen CSR nicht oktroyieren. Insofern ist es gut, dass sich Brüsseler Bürokratenträume, verbindliche europäische Richtlinien

für CSR zu formulieren, in Luft aufgelöst haben. Gleichzeitig gilt: Freiwilligkeit darf nicht in Beliebigkeit umschlagen, da diese die Glaubwürdigkeit untergräbt.

Dies wird gerade denjenigen deutschen Unternehmen schaden, die CSR ernst nehmen und eine Vielzahl sinnvoller werte- und prinzipiengebundener Initiativen wie den UN Global Compact unterstützen oder sich darüber hinaus in zielorientierten öffentlich-privaten Partnerschaften engagieren.

Im eigenen Interesse sollten diese Unternehmen auf die Dachverbände von BDI und BDA Druck ausüben, CSR nicht durch ihre kurzsichtigen Lobbying-Aktivitäten zu einer ungläubwürdigen Agenda der Beliebigkeit zu entwerten. Zumal der internationale Trend genau in eine andere Richtung weist: Gerade bei Initiativen, bei denen internationale Organisationen ihren Namen und ihr Logo einbringen, müssen Grundwerte und Grundprinzipien glasklar definiert sein.

Dies beweist die Erfahrung des UN Global Compact, der in den ersten Jahren viel Kritik eingesteckt hat, dass hier die Vereinten Nationen ihr Logo an Firmen verkaufen, ohne konkrete Gegenleistungen einzufordern. Mittlerweile gibt es klare Regeln der Mitgliedschaft. Mit-

TÜRKEI

Auf dem Drahtseil

GERD HÖHLER

Türkische Soldaten in den Libanon? Der Regierung in Ankara konnte es anfangs wohl gar nicht schnell genug gehen, ihre Streitkräfte in Marsch zu setzen. Als „großes Land“ habe man entsprechende Verpflichtungen, versuchte Premier Tayyip Erdogan seinen Landsleuten den Einsatz zwischen den Fronten des Nahostkonflikts schmackhaft zu machen. Und Außenminister Abdullah Gül argumentierte, schon um ihr Ansehen zu wahren, müsse die Türkei Flagge zeigen: Als Nachfolgerin des Osmanischen Reiches, das die Region jahrhundertlang beherrschte, könne sie nicht einfach abseits stehen.

Auch der für die Erweiterung der EU zuständige Kommissar Olli Rehn wünscht sich eine aktive Rolle der Türkei bei der Sicherung der Waffenruhe im Libanon. Er verwies einmal mehr auf die vermeintliche „Brückenfunktion“ der Türkei zwischen der islamischen und der westlichen Welt. Dieses Klischee wird stets dann strapaziert, wenn es darum geht, die Türkei für die Interessen des Westens in die Pflicht nehmen zu wollen. Aber gerade jetzt zeigt sich, wie schwach die Pfeiler einer solchen Brücke doch sind.

Dass nun alle um türkische Soldaten werben – Israel, der Libanon, die EU, die USA und die Uno –, schmeichelt den Türken. Doch die anfängliche Euphorie hat sich längst gelegt. Ein Einsatz türkischer Soldaten im Libanon wird jedenfalls immer unwahrscheinlicher, obwohl die Regierung jetzt ein solches Engagement formal beschlossen hat.

Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer spricht sich bereits kategorisch dagegen aus: Es könne „nicht die Aufgabe der Türkei sein, die Sicherheitsprobleme anderer Länder zu lösen“. Man habe genug eigene Probleme.

Dies zeigt ganz aktuell die Serie von Bombenexplosionen, die in der Nacht zum Montag den Urlaubsort Marmaris und die Wirtschaftsmetropole Istanbul erschütterten. Die Anschläge dürften auf das Konto kurdischer Extremisten gehen. Dass türkische Soldaten nun in den Libanon ziehen sollen, gegen die Stützpunkte der kurdischen Terroristen im Nordirak aber nicht vorgehen dürfen, weil die USA Einspruch erheben, wird den meisten Türken kaum zu vermitteln sein.

Dies umso weniger, als ein Truppeneinsatz im Libanon für die Türkei unkalkulierbare politische Risiken birgt. So warnt die Opposition in Ankara davor, sich „nicht in den Konflikt im Nahen Osten hineinziehen zu lassen“. Sogar die führen-

den Generäle halten nichts von einer Militärmission. Selbst Außenminister Gül scheint kalte Füße zu bekommen. Auch der Widerstand in der Regierungspartei wächst. Brückenschlag? Auf die Regierung warte „ein Hochseilakt“, meint Fikret Bila, Kolumnist der Zeitung „Milliyet“.

Gewiss, mit einem Militäreinsatz im Libanon könnte sich die Türkei gegenüber den USA und der EU einmal mehr als verlässlicher Verbündeter auf der Schwelle zum unruhigen Nahen Osten profilieren. Aber die politische Gemengelage ist kompliziert. Ein Problem liegt gerade in der von Gül zitierten osmanischen Vergangenheit. Denn diese ist eine bis heute nicht bewältigte historische Last. Jeder Versuch der Türkei, sich zur Regionalmacht in der nahöstlichen Region aufzuschwingen, stößt deshalb in der arabischen Welt auf Misstrauen.

Diese Skepsis ist umso größer, als die Türkei und Israel seit 1996 militärisch eng kooperieren. Allerdings ha-

ben sich die Beziehungen zwischen Ankara und Jerusalem seit dem Amtsantritt von Erdogans islamisch orientierter Regierungspartei merklich abgekühlt. Erdogan stornierte mehrere Rüstungsaufträge an Israel. Er warf der dortigen Regierung vor, sie überziehe die Palästinenser mit „Staatsterror“. Und Parlamentspräsident Bülent Arinc, ein islamistischer Hardliner, fordert, dass Israel wegen der Luftangriffe im Libanon zur Rechenschaft gezogen werden müsse. Mehmet Elkatmis, Abgeordneter der Regierungspartei AKP und Vorsitzender der parlamentarischen Menschenrechtskommission, vergleicht Israels Angriffe gar mit dem Holocaust und will die Verantwortlichen vor ein internationales Kriegsverbrechertribunal bringen.

Solche Forderungen werden von den meisten Türken gerne gehört. Denn deren Sympathien gehören den Palästinensern. Folglich versuchen islamische Regierungspolitiker, sich mit antiisraelischer Rhetorik auch für die im nächsten Jahr anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zu positionieren. Wie der Premier in diesem Klima seine Landsleute und das Parlament, für eine Beteiligung an der Unifil-Mission gewinnen will, bleibt sein Geheimnis. Vielleicht käme es dem politischen Seitläufer Erdogan ganz gelegen, wenn die Nationalversammlung, die in der kommenden Woche mit der Debatte beginnen wird, einer Entsendung türkischer Soldaten in den Libanon die Zustimmung verweigern würde.

hoehler@handelsblatt.com

Eine Beteiligung an der Mission im Libanon wird immer weniger wahrscheinlich.

gastautor@handelsblatt.com